

Niederschrift

RAT/VIII/27

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 20.02.2013 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor

Branse, Martin

Eimers, Alfred

Espelkott, Tobias

Everding, Klara

Fedder, Ralf

Hemker, Leo

Isfort, Mechthild

Kreutzfeldt, Brigitte

bis TOP 5 ö.S.

Kreutzfeldt, Klaus-Peter

Lembeck, Guido

Meier, Lisa Margeaux

bis TOP 10 ö.S.

Mensing, Hartwig

Rahsing, Ewald

Riermann, Günter

Schenk, Klaus

Schubert, Franz

Schulze Baek, Franz-Josef

Söller, Hubert

Steindorf, Ralf

Tendahl, Ludgerus

Weber, Winfried

Wilde, Andreas

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich

Allgemeiner Vertreter

Isfort, Werner

Kämmerer

Roters, Dorothea

Gleichstellungsbeauftragte

Fuchs, Maria

Produktverantwortliche

Wisner-Herrmann, Sabine

Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Meier, Frank
Reints, Hermann
Schaten, Carina

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 23:10 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 11. Februar 2013 form- und fristgerecht geladen wurde und der Rat beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Bürgermeister Niehues verwies auf den Nachtrag zur Ratseinladung, womit die Tagesordnung um den TOP 5 „Vorstellung eines gemeinsamen Projektes der BORnet GmbH und der Deutsche Glasfaser GmbH zum Ausbau eines Glasfasernetzes im Ortsteil Holtwick“ erweitert werden sollte. Seine Absicht sei gewesen, die Ratsmitglieder aktuell und als Erstes über die Pläne der Firma Bornet GmbH zu informieren. Fraktionsvorsitzender Steindorf habe ihn jedoch telefonisch darum gebeten, den TOP 5 wieder von der Tagesordnung abzusetzen, da diese ohnehin schon so umfangreich sei. Der Vertreter der Firma Bornet GmbH habe auf seine Absage mit Verständnis reagiert.

Dennoch bestehe die Möglichkeit, sich am Dienstag, den 26. Februar 2013 bei einem Infoabend in der Nikolaus-Grundschule Holtwick über das geplante Projekt zu informieren.

Er ließ über die Absetzung des TOP 5 abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 23 Ja Stimmen
 1 Nein Stimme

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Nachfrage zur Ablehnung des behindertengerechten Zugangs zum Bahnhof Darfeld - Herr Hentz

Herr Hentz von „Ideen für Darfeld“ teilte mit, dass die Nachricht über den Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, die Mittel für die Treppe und den behindertengerechten Zugang am Bahnhof Darfeld aus dem Haushalt zu streichen, für große Unruhe und Unmut bei den Darfelder Bürgern gesorgt habe. Er richtete die Frage an die Ratsmitglieder, ob sie sich im Vorfeld mit den betroffenen Menschen auseinandergesetzt hätten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dieses Thema unter dem TOP 5 Haushaltsplan für das Jahr 2013 sicher noch einmal ausführlich diskutiert werde und die Ratsmitglieder dann zu dieser Frage Stellung nehmen könnten.

1.2 Telefonaktion der Allgemeinen Zeitung Coesfeld - Herr Garwers

Herr Garwers teilte mit, dass er die Information bekommen habe, dass die Telefonaktion der Allgemeinen Zeitung Coesfeld zur Streichung der Mittel für einen behindertengerechten Zugang im Bahnhof Darfeld zu rd. 190 Anrufen von Darfelder Bürgern geführt habe. Dies zeige deutlich dass Interesse und die Betroffenheit der Bürger.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Legitimitätskontrolle von Abfallgefäßen - Frau Meier

Ratsmitglied L.M. Meier fragte nach, wann endlich die Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der Legitimitätskontrolle von Abfallgefäßen beantwortet werde.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Anfrage in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses am 6. Dezember 2012 unter dem TOP „Mitteilungen“ ausführlich beantwortet worden sei.

2.2 Weitere Industrieansiedlung im Ortsteil Holtwick - Frau Everding

Ratsmitglied Everding bat Bürgermeister Niehues, unbedingt die Initiative zu ergreifen, um im Ortsteil Holtwick die weitere Ansiedlung von Industriebetrieben zu fördern.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er eine weitere Gewerbeansiedlung in Holtwick begrüßen würde, allerdings gebe es in Holtwick zurzeit keine freien Gewerbegrundstücke. Zudem fehle der Gemeinde Rosendahl in Osterwick und Darfeld die gute Verkehrsanbindung, die Interessenten ebenso von einer Ansiedlung abhielten.

2.3 Angebot zur Diskussion mit Bürgern - Herr Branse

Fraktionsvorsitzender Branse verwies auf den Presseartikel in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld, der das deutliche Interesse der Darfelder Bürger am Erhalt des Bahnhofs als Kulturzentrum zeige. Die von einem Bürger geäußerte Rücktrittsfordern für einige Ratsmitglieder könne theoretisch zwar direkt am heutigen Tage erfolgen, für sinnvoller halte er aber eine Diskussion mit den erschienen Bürgern, um das Problem zu lösen. Die SPD-Fraktion wolle sich einer solchen Diskussion gerne direkt stellen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf bezweifelte, dass eine aktuelle Diskussion ausreichend sei. Die CDU-Fraktion habe bereits im Vorfeld ständig im Austausch mit den Bürgern gestanden, um deren Meinungen und Stellungnahmen zu erfahren.

2.4 Abgesackter Gehweg in Höven - Frau Everding

Frau Everding teilte mit, dass in Höven ein Gehweg so abgesackt sei, dass eine Bürgerin bereits gestürzt sei.

Bürgermeister Niehues bedankte sich für den Hinweis und sagte eine umgehende Reparatur zu.

3 Bericht aus anderen Gremien

Es wurde kein Bericht aus anderen Gremien vorgetragen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 20. Dezember 2012.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

5 Haushaltssatzung, Haushaltsplan mit 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und Stellenplan für das Jahr 2013 Vorlage: VIII/530

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Februar 2013, die zu keiner Beschlussfassung geführt habe.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf die zu Beginn von Herrn Hentz gestellte Frage, ob die Mitglieder des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses mit den betroffenen Bürgern Gespräche geführt hätten. Die WIR-Fraktion habe in der gestrigen Fraktionssitzung dazu die Möglichkeit gehabt. Nach den gestrigen eingehenden Gesprächen mit den Vertretern des Heimatvereins, der Spielschar und "Ideen für Darfeld" müsse die WIR-Fraktion offen zugeben, dass ihr die Bedeutung dieser behindertengerechten Nottreppe in diesem Umfang nicht bewusst gewesen sei.

Der WIR-Fraktion sei für dieses Jahr das Erreichen des ausgeglichenen Haushaltes so wichtig gewesen, dass ihr die Treppe als verzichtbar erschienen sei. Sie sei in den gestrigen Gesprächen allerdings eines Besseren belehrt worden.

Vergleiche man den Bahnhof Darfeld und den angegliederten Generationenpark mit den Kunstrasenplätzen, so wäre das Nichtanbringen der Außentreppe dem Nichtaufstellen von Toren gleichzusetzen. Dies sei ein nicht haltbarer Zustand!

Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb seien die genannten Beteiligten bereit gewesen, sich aktiv an der Reduzierung der anfallenden Kosten zu beteiligen. Nicht nur, dass zugesichert worden sei, sich am Aufbau der Treppe mit der vielgelobten Arbeitskraft der Darfelder Helfer zu beteiligen; nein, es sei auch angeboten worden die jährlich anfallenden Unterhaltskosten des behindertengerechten Treppenlifts zu übernehmen.

Sollte es dann, aufgrund von nicht planbaren Ereignissen, zu einem finanziellen Engpass im Gemeindehaushalt kommen, habe man sogar Möglichkeiten einer begrenzten finanziellen Beteiligung gesehen. Zudem seien bereits geplante kulturelle und soziale Veranstaltungen genannt worden, die ohne diesen Raum im Bahnhof Darfeld unmöglich durchzuführen seien. Soviel Engagement wolle die WIR nicht ausbremsen. Die WIR, Urheber der Generationenparks, wünsche, dass am Projekt "Bahnhof Darfeld" als Gesamtprojekt weiter so positiv gearbeitet werde wie bisher und werde daher heute der Ausgabe für die Nottreppe mit Behindertenlift zustimmen, und das mit der Gewissheit, dass das angekündigte Engagement der Beteiligten eine erkennbare Reduzierung der Eigenmittel im Haushalt der Gemeinde darstellen werde.

Die WIR-Fraktion stelle daher den **Antrag**, die Mittel für die Treppe im Haushalt 2013 der Gemeinde Rosendahl wieder aufzunehmen.

Ratsmitglied Eimers bedankte sich bei Herrn Mensing für diese Stellungnahme, die eigentlich jede Gegenrede erübrige. Allerdings habe er sich große Mühe damit gemacht, Argumente aufzulisten, die für die weitere Nutzung der oberen Etage des Bahnhofes sprächen. Er bat darum, diese dennoch vortragen zu dürfen. Genauso wie man vor einem Jahr noch hätte sagen können „wir brauchen keinen Generationenpark, da ist ja nichts“ und sich dann aber dennoch dafür entschieden habe, könne man zwar jetzt sagen „wir brauchen den oberen Bereich des Bahnhofs nicht“, sollte aber auch hier an die Zukunft denken. Er gab im Folgenden einen Abriss über die zahlreichen Aktionen, ehrenamtlichen Arbeiten, Spenden und Unterstützung von Firmen, die im letzten Jahr zum Entstehen des Generationenparks geführt hätten. Genauso solle auch der Bahnhof weiterhin zur Stärkung und Sicherung der dörflichen Gemeinschaft in Darfeld führen. Die Verlegung des Theaterbetriebes in die Aula der Grundschule sei sicher keine Lösung, wenn man die Abläufe eines Theaterstückes mit zahlreichen Proben, der Erstellung eines Bühnenbildes und den Auführungen mit einem ungestörten Schulbetrieb vereinbaren wolle.

In Anbetracht des demografischen Wandels sei die Investition für eine Treppe und einen Lift unverzichtbar, wenn man den Begriff „Inklusion“ nicht nur auf die Schule sondern auf alle Lebensbereiche beziehe.

Er halte den Generationenpark in Darfeld für ein „Leuchtturmprojekt“ der Gemeinde Rosendahl, das durch den Kulturbahnhof zusätzliches Gewicht erhalte.

Fraktionsvorsitzender Steindorf äußerte seinen Dank und seine Hochachtung vor dem Kollegen Mensing mit den Worten: „Wer seine Meinung nicht ändert, hat nie eine eigene gehabt.“

Außerdem wolle er an dieser Stelle zum Leserbrief von Herrn Mensing in der Allgemeinen Zeitung Coesfeld „WIR für Erhalt aller drei Grundschulen“ Stellung nehmen. Er habe durchaus wahrgenommen, dass die WIR-Fraktion einer Schließung der Grundschule in Darfeld nicht zustimmen wolle, wohl aber die Einrichtung der Schulküche abgelehnt habe. Diese solle doch mit Hilfe des Fördervereins umgesetzt werden, wobei lediglich die Betriebskosten in Höhe von rd. 1.900 € jährlich von der Gemeinde getragen werden sollen. Da seiner Ansicht nach die Einrichtung einer neuen Schulküche die Stärkung des Schulstandortes Darfeld unterstütze und die Kollegen Mensing und Riermann das Wort bei der Diskussion um die Ablehnung des Beschlussvorschlages geführt hätten, habe er den Eindruck gehabt, dass die WIR auch den Erhalt des Schulstandortes Darfeld nicht unterstütze. Er bitte um Entschuldigung, wenn er mit seinen Ausführungen jemanden verunglimpft habe.

Er wies ferner auf ein Schreiben der Spielschar Darfeld an die CDU-Fraktion hin, in dem ebenfalls zahlreiche Argumente für die weitere Nutzung des Obergeschosses des Bahnhofes aufgelistet seien, unterstützt von einer langen Unterschriftenliste. Im Gegensatz zu Herrn Branse finde er die Presseberichterstattung gut. Die CDU-Fraktion halte zudem die Bereitstellung der Mittel für Treppe und Lift völlig unschädlich für den Haushalt.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass es verständlich sei, dass die Darfelder Bürger sich nun für „ihren“ Bahnhof einsetzen und die Chance ergreifen wollten, eine Verbesserung der Nutzung zu erreichen. Allerdings sei das Problem nicht neu und man hätte es schon bei der Planung berücksichtigen müssen. Der eigentliche Grund für die neue Treppe sei ein Brandschutzkonzept, ohne das der Raum in der oberen Etage einfach nicht mehr genutzt werden dürfe. Zudem sei in der Presse ein Betrag von 27.000 Euro genannt worden. Hierbei handele es sich aber nicht, wie in der Presse mitgeteilt, um den Gesamtbetrag, sondern um den Betrag, der von der Gemeinde Rosendahl aufzubringen sei, wenn eine LEADER-Förderung in Höhe von 23.000 Euro bewilligt werde.

Er sei gerne bereit, mit den Bürgern vor Ort zu diskutieren und stelle daher für die

SPD-Fraktion den **Antrag**, die Sitzung zu unterbrechen, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Fraktionsvorsitzender Weber stellte fest, dass ja fast nur Darfelder Bürger anwesend seien und er eine Diskussion an dieser Stelle nicht für repräsentativ halte. Die Bürger könnten im Rahmen des geplanten Gemeindeentwicklungskonzeptes ihre Anregungen und Meinungen mitteilen.

Bürgermeister Niehues ließ sodann über den **Antrag** von Herrn Branse, die Sitzung zu unterbrechen, um mit den anwesenden Bürgern zu diskutieren, **abstimmen**:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	3 Ja Stimmen
	17 Nein Stimmen
	4 Enthaltungen

Ratsmitglied Kreuzfeldt verwies auf die Beschlüsse zur Errichtung der Generationenparks vor drei Jahren. Damals habe die SPD-Fraktion dafür plädiert, alle Gelder nach Darfeld zu geben und im Ortsteil Holtwick keinen Generationenpark zu errichten. Da sei allerdings nicht ein einziger Darfelder Bürger dabei gewesen, um diesen Vorschlag zu unterstützen.

Er betonte nochmals, dass die SPD-Fraktion nicht gegen Inklusion sei, sondern gegen den kostenverursachenden Ausbau von öffentlichen Gebäuden, obwohl bereits genug andere Gebäude vorhanden seien, die zur Nutzung geeignet seien.

Die Küche, die in der Grundschule Darfeld eingebaut werden solle, sei seiner Meinung nach nicht wirklich für die Kinder gedacht, da eine solche Küche ganz andere Anforderungen erfüllen müsse, als die hier geplante und vorgestellte Küche.

Ratsmitglied Eimers teilte mit, dass auch er gegen die öffentliche Diskussion mit den Bürgern in der heutigen Sitzung gestimmt habe, da er großen Respekt vor der Institution Rat habe. Er bitte aber an dieser Stelle die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, von Zwischenrufen und Beifallsbekundungen Abstand zu nehmen. Es sei völlig klar, dass die Darfelder Bürger den Holtwickern ebenso ihren Generationenpark gönnen, wie umgekehrt. Heute gehe es aber letztlich um die Verabschiedung des Haushaltes und den Vortrag der Haushaltsreden der einzelnen Fraktionen, die er persönlich als Höhepunkt der Ratsarbeit empfinde. Er bat darum, sich dieser Aufgabe zuzuwenden.

Ratsmitglied Riermann wies darauf hin, dass Herr Mensing für die WIR-Fraktion bereits zu Beginn den Antrag gestellt habe, die Mittel für den Anbau einer Treppe und eines Liftes wieder in den Haushalt einzustellen. Die WIR-Fraktion werde danach dem Haushalt zustimmen. Es sei also eigentlich keine weitere Diskussion notwendig.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, wie das weitere Procedere geplant sei. Seine Stellungnahme zu diesem Thema sei in seine Haushaltsrede eingebunden. Er plädiere daher dafür, jetzt zu den Haushaltsreden zu kommen.

Ratsmitglied L.M. Meier unterstützte diese Forderung, um die Sitzung nicht unnötig zu verlängern.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion eine Beschlussfassung zum behindertengerechten Zugang für den Bahnhof Darfeld vor den Haushaltsreden wünsche. Bisher sei es nicht üblich gewesen, in abschließender Ratssitzung noch zu beraten. Wenn die Sitzung nun deswegen länger dauere, sei das unerlässlich. Herr Weber habe die Möglichkeit gehabt, seine Stellungnahme in den vorgeschalteten Ausschusssitzungen vorzutragen.

Aufgrund des Wunsches von Herrn Steindorf, vor den Haushaltsreden abzustimmen, verlas Fraktionsvorsitzender Weber an dieser Stelle die Ausführungen zum Thema Generationenpark / Bahnhof aus seiner Haushaltsrede (Anlage V, S. 9 Mitte bis S. 12 vorletzter Absatz).

Fraktionsvorsitzender Branse wunderte sich über die Kritik von Herrn Steindorf, dass in der heutigen Ratssitzung entgegen der üblichen Vorgehensweise noch beraten werde. Herrn Weber wolle er dahingehend widersprechen, dass die Grundschule Darfeld auf jeden Fall ein Auslaufmodell sei, zumal ein weitergehendes Nutzungskonzept fehle. Er halte es nach wie vor für sinnvoll, die Grundschulen zusammenzulegen, um den Schulstandort Darfeld so lange wie möglich zu erhalten. Der Heimatverein habe durch die Mobilisierung so vieler Darfelder Bürger und Vereine erreicht, dass eine Fraktion ihren Beschluss zurücknehme. Wenn das „Schule mache“, würden in Zukunft immer mehr Wünsche geäußert.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte an dieser Stelle an seinen zu Beginn gestellten Antrag, die Mittel für die Treppe und den Lift wieder in den Haushalt einzustellen. Da nachfolgend keine weiteren Anträge gestellt worden seien, stehe dieser Antrag noch immer zur Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Weber hielt es für reine Propaganda, die Abstimmung vor den Haushaltsreden durchzuführen. Bisher sei es gute Sitte gewesen, nach den Haushaltsreden zur Abstimmung zu kommen.

Bürgermeister Niehues erklärte, wie in den Vorjahren zu verfahren und nach den Haushaltsreden über die einzelnen Punkte abstimmen zu lassen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion noch einen Antrag zum Haushalt stellen werde.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er davon ausgehe, dass es hierbei um einen Antrag zum Stellenplan gehe. Um die Sache abzukürzen biete er an, die Anhebung der E 10-Stelle nach E 12 zurückzunehmen. Er gehe davon aus, dass unter diesen Bedingungen über den Haushalt und den Stellenplan abgestimmt werden könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte daraufhin, dass der geplante Antrag der CDU-Fraktion damit hinfällig sei.

Bürgermeister Niehues bat anschließend mit dem Hinweis auf die inzwischen schon traditionelle Reihenfolge zunächst den Fraktionsvorsitzenden Steindorf (CDU), seine Haushaltsrede zu halten. Es folgten die Reden der Fraktionsvorsitzenden Mensing (WIR) und Branse (SPD), der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden L.M. Meier (FDP) und des Fraktionsvorsitzenden Weber (Bündnis 90/Die Grünen). Die Haushaltsreden sind als **Anlagen I bis V** dem Protokoll beigelegt.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass nun über den zu Beginn gestellten Antrag der WIR-Fraktion abgestimmt werden müsse, um die Entscheidung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses zu revidieren.

Fraktionsvorsitzender Branse war der Ansicht, dass es zu Beginn doch einen Haushaltsentwurf gegeben habe, in dem die Mittel für die Treppe und den Lift eingestellt waren. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss habe doch lediglich eine Empfehlung für den Rat ausgesprochen, so dass er eine erneute Abstimmung, um die Mittel wieder einzustellen, nicht für notwendig halte.

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2013 wird ohne die Anhebung einer E 10-Stelle nach E 12 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
9 Ja Stimmen
4 Nein Stimmen
11 Enthaltungen

Damit war der **Stellenplan 2013 beschlossen**.

Fraktionsvorsitzender Weber bat abschließend den Fraktionsvorsitzenden Steindorf, den anwesenden Bürgern zu erklären, dass mit diesem Beschluss die Gemeinde ohne verabschiedeten Haushalt 2013 dastehe und keine der Maßnahmen, über die zuvor so lange diskutiert worden sei, umgesetzt werden könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass er sich nicht in der Verpflichtung sehe, Rechenschaft abzulegen, da er „doch hier nicht vor Gericht“ stehe. Er wandte sich vielmehr an Bürgermeister Niehues und forderte diesen auf, die in der Haushaltsrede der CDU formulierten Forderungen noch vor Ostern zu erfüllen, damit die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimme.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern nochmals, dass die Gemeinde Rosendahl momentan finanziell nicht handlungsfähig sei und auch in einer weiteren Ratssitzung der Haushalt abgelehnt werden könnte. So lange könne eine Umsetzung der Pläne am Bahnhof Darfeld nicht erfolgen.

Die Sitzung wurde anschließend von 21:50 Uhr bis 22:10 Uhr unterbrochen.

**6 Änderung der Entgeltregelungen für die Wasserversorgung in der Gemeinde Rosendahl
hier: Anhebung des Verbrauchspreises je cbm (Ziffer 3. Buchstabe d)
Vorlage: VIII/510**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses am 31. Januar 2013.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass die Kritik der SPD-Fraktion weiterhin bestehen bleibe und man der Ansicht sei, dass der Wasserpreis erst angehoben werden sollte, wenn eine konkrete Summe für Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen bekannt sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies auf seine Haushaltsrede und machte deutlich, dass die Preisanhebung auch für den angestrebten Haushaltsausgleich notwendig sei.

Fraktionsvorsitzender Branse entgegnete, dass die Entgelte für Wasser seiner Ansicht nach keine Auswirkung auf den Gesamthaushalt haben. Die Frage sei vielmehr, ob die Anhebung des Wasserpreises gerecht sei.

Kämmerer Isfort betonte, dass es ihm ganz deutlich um die Generationengerechtigkeit gehe. Mit der Abschreibungsmethode vom Anschaffungs- bzw. Herstellungswert könne der tatsächliche Werteverzehr nicht abgebildet werden. Daher könne in keinem Fall eine Erwirtschaftung der tatsächlichen technischen Neuerungen erfolgen.

Die entstehende Differenz zwischen dem Anschaffungs- und dem Vorsorgewert könne so nicht abgebildet werden. Erst in der nächsten Generation werde dann der Mangel zu Tage treten. Er appelliere daher an den Rat, Vorsorge zu treffen, um notwendige Reinvestitionen tätigen zu können. Es gehe nicht in erster Linie um den Haushaltsausgleich.

Ratsmitglied Kreuzfeldt stellte fest, dass die Bürger, die jetzt zu höheren Zahlungen gezwungen würden, die späteren Reinvestitionen wahrscheinlich nicht mehr erleben würden. Das halte er nicht für gerecht.

Kämmerer Isfort erklärte, dass der heutige Nutzer der Trinkwasseranlagen rd. 15 Cent mehr bezahlen solle, um eine Summe für zukünftige Reinvestitionen anzusammeln. Die notwendige Summe werde mit diesen Zahlungen nicht erreicht, sondern es werde lediglich ein Beitrag geleistet. Auch die nachfolgende Generation werde durch notwendige Reinvestitionen noch ausreichend belastet werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte daran, dass die gleiche Diskussion bereits bei den Vorberatungen im Ver- und Entsorgungsausschuss geführt worden sei. Er wolle hier daran erinnern, dass es vor rd. 12 Jahren Überlegungen gegeben habe, dass Wasserwerk zu veräußern. Er ziehe den Hut vor der SPD-Fraktion, die den Verkauf damals verhindert habe. Inzwischen sei deutlich geworden, wie wichtig diese Entscheidung für den Haushalt der Gemeinde gewesen sei. Die WIR-Fraktion werde der Anhebung des Wasserpreises zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht bereit sei, diese Diskussion weiter fortzuführen und den Beschlussvorschlag nicht mittragen werde.

Nachdem Ratsmitglied Rahsing um Abstimmung gebeten hatte, folgte der Rat sodann dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Eine Änderung der Entgeltregelungen für die Wasserversorgung in der Gemeinde Rosendahl wird dahingehend beschlossen, dass der Netto-Verbrauchspreis je cbm (Ziffer 3, Buchstabe d) ab dem Jahr 2013 von 1,20 € auf 1,35 je cbm angehoben wird. In Höhe der sich daraus ergebenden Nettoliquiditätszuwächse ist in der Bilanz eine Sonderrücklage nach § 43 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) unter dem Bilanzposten „Eigenkapital“ auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja Stimmen
2 Nein Stimmen

7 Abschluss einer Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl
Vorlage: VIII/512

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 6. Februar 2013.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass die SPD-Fraktion dem geänderten Beschlussvorschlag zustimmen werde, da die automatische jährliche Verlängerung des Vertrages gestrichen worden sei.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Schul- und Bildungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/512 als **Anlage II** beigefügten Vereinbarung mit den Katholischen Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten für die Laufzeit vom 01.08.2013 bis 31.07.2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/497**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Februar 2013.

Die in der HFA-Sitzung beschlossenen Änderungen seien eingearbeitet worden und lägen allen Ratsmitgliedern zur heutigen Sitzung vor.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/497 als Anlage I beigefügte 6. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Rosendahl wird beschlossen. Hinzugefügt werden dem § 17 Abs. 1 der Hauptsatzung der Gemeinde Rosendahl aus dem Originaltext des § 73 Abs. 3 GO NRW die Sätze 3 bis einschließlich 5. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 1. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VIII/502**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/502 als Anlage beigefügte 1. Änderung der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Rosendahl vom 8. Juli 2010 wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage beizufügen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja Stimmen
2 Nein Stimmen

10 Beteiligung der Gemeinde an einer Verfassungsbeschwerde gegen das Ge-

meindefinanzierungsgesetz 2012 (GFG 2012)

Vorlage: VIII/506

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich mit weiteren Kommunen an einer Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

11 Beteiligung der Gemeinde Rosendahl bzw. der Netzgesellschaft Rosendahl mbH an den auf der Grundlage zwischen den Kommunen Ascheberg, Billerbeck, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Rosendahl und Senden geschlossenen Rahmenvereinbarung gegründeten Gesellschaften
Vorlage: VIII/531

Bürgermeister Niehues verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/531.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass die Beteiligung der Gemeinde Rosendahl bzw. der Netzgesellschaft Rosendahl mbH an den auf der Grundlage der zwischen den Kommunen Ascheberg, Billerbeck, Havixbeck, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Rosendahl und Senden geschlossenen Rahmenvereinbarung gegründeten Gesellschaften der Kommunalaufsicht angezeigt worden sei. In diesem Zusammenhang sei man zu der Ansicht gelangt, dass die Genehmigung auch durch die jeweiligen Räte der Kommunen erfolgen solle, um Rechtssicherheit zu erlangen. Der eigentliche inhaltliche Beschluss sei durch die Rahmenvereinbarung schon gefasst worden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Rahsing antwortete Bürgermeister Niehues, dass keine neuen Kosten zu erwarten seien, da es nur um einen nachträglichen Ratsbeschluss gehe.

Fraktionsvorsitzender Branse äußerte die Hoffnung, dass durch die Gründung der Gesellschaften in Zukunft mehr als nur eine Erkenntnis gewonnen werden könne.

Ratsmitglied Fedder fragte, ob die Bündelung von Gesellschaften originär nur zum Erwerb der Netze erfolgt sei und die Kommunen sich beteiligen müssten.

Kämmerer Isfort antwortete, dass die Kommunen der Gründung von Spartengesellschaften zwar zustimmen müssen, sich aber nicht selbst beteiligen müssen.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass die im Beschlussvorschlag genannte „Münsterland Netz-Verwaltungsgesellschaft mbH“ als Komplementärin für die „Münsterland Netzgesellschaft mbH Co. KG“ fungiere, wobei letztere für den Netzerwerb benötigt werde.

Ebenso diene die „Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH“ als Komplementärin für die „Münsterland Infrastruktur Holding GmbH Co. KG“, die wiederum für die Gründung von Spartengesellschaften benötigt werde. Solange sich

die Gemeinde Rosendahl an keiner Spartengesellschaft beteilige, stehe diese „nur auf dem Papier“ und verursache keine Kosten.
Eine Holdinggesellschaft habe in erster Linie nur eine Abrechnungsfunktion für die Spartengesellschaften.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

1. Es wird nachträglich beschlossen, dass sich die Gemeinde Rosendahl an der „Münsterland Infrastruktur Holding GmbH Co. KG“ mit einem Kapitalanteil in Höhe von 3.500 € beteiligt.
2. Es wird nachträglich beschlossen, dass sich die Gemeinde Rosendahl an der „Münsterland Infrastruktur Verwaltungsgesellschaft mbH“ mit einem Kapitalanteil in Höhe von 3.500 € beteiligt.
3. Es wird nachträglich beschlossen, dass sich die Netzgesellschaft Rosendahl mbH an der „Münsterland Netzgesellschaft mbH Co. KG“ mit einem Kapitalanteil in Höhe von 2.850 € beteiligt.
4. Es wird nachträglich beschlossen, dass sich die Netzgesellschaft Rosendahl mbH an der „Münsterland Netz-Verwaltungsgesellschaft mbH“ mit einem Kapitalanteil in Höhe von 2.850 € beteiligt.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja Stimmen
1 Enthaltung

12 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung

von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung

hier: 1. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 08.10.2009

- 2. Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 und 35 Abs. 3 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschluss zur vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und zur Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Vorlage: VIII/518

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Ratsmitglied Kreuzfeldt verwies auf die Erläuterungen von Herrn Ahn, wonach eigentlich 12 Windeignungsflächen vorhanden seien, man mit dem Beschlussvorschlag aber eine Begrenzung auf insgesamt 7 Flächen vornehme. Möglicherweise würden später erneut Kosten entstehen, wenn ein Investor auf der Ausweisung weiterer Flächen bestehe.

Fraktionsvorsitzender Weber stimmte Herrn Kreuzfeldt darin zu und bat um eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten.

Fraktionsvorsitzender Branse ergänzte, dass der derzeit gültige Flächennutzungsplan erst vor drei Jahren beschlossen worden sei. Jetzt werde er wieder aufgehoben. Auch er sei der Ansicht, dass es nicht sinnvoll sei, die Standorte von Windenergieanlagen zu begrenzen.

Der Rat fasste sodann folgende **Beschlüsse**:

Der Aufstellungsbeschluss für die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes (Darstellung von Windeignungsbereichen auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl) vom 08.10.2009 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Das Verfahren zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung gemäß §§ 2 Abs. 1 und 35 Abs. 3 Satz 3 des Baugesetzbuches in der zurzeit geltenden Fassung wird durchgeführt. Der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/518 als Anlage VIII beigefügte Planentwurf ist Bestandteil des Beschlusses. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieser Planentwurf nach Vorlage der Abschlussberichte der artenschutzfachlichen Gutachten noch ändern kann.

Auf der Grundlage des vorstehenden Planentwurfes werden die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung ein Zielabweichungsverfahren vom Regionalplan Münsterland erforderlich ist.

Ferner wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem Feststellungsbeschluss über die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes die 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl – Abgrenzung der Konzentrationszonen „Windenergie“ – aufgehoben wird.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen
2 Enthaltungen

**13 1. Änderung des Bebauungsplanes "Ziegelei" im Ortsteil Osterwick
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/519**

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. VIII/519 zu den Anlagen I bis IV beigefügten Ratsbeschlüsse werden bestätigt.

Den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/519 zu den Anlagen V und VI beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ziegelei“ im Ortsteil Osterwick bestehend aus Planzeichnung, Erläuterung und Begründung einschließlich Umweltbericht wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 14 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/520

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/520 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15 1. Änderung der Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/521

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/521 zu der Anlage I beigefügtem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Die 1. Änderung der Erweiterung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a BauGB und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/521 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 16 **4. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/522

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss:**

Den der Sitzungsvorlage Nr. VIII/522 zu den Anlagen I bis III beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Die 4. Änderung der 2. Erweiterung des Bebauungsplanes „Nördlich der Höpinger Straße“ im Ortsteil Darfeld wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und § 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a BauGB und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/522 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17 **4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Schürkamp" im Ortsteil Osterwick**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/523

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss:**

Die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Schürkamp“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/523 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18 6. Änderung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/524

Bürgermeister Niehues verwies auf die Vorberatung in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 13. Februar 2013.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Haus Holtwick“ wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/524 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19 Mitteilungen

19.1 Aufstellung der Anmeldezahlen für die Sekundarschule

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass den Ratsmitgliedern zur aktuellen Sitzung eine differenzierte Aufstellung der Anmeldezahlen für die Sekundarschule für das Schuljahr 2013/14 vorgelegt worden sei (**Anlage VI**).

20 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

20.1 Appell zur Erhaltung des Schulstandortes Darfeld - Herr Voss

Herr Voss äußerte den Wunsch, dass von der Politik ein deutlicheres Bekenntnis geäußert werde, dass der Schulstandort Darfeld erhalten werden solle. Momentan sei in der Bevölkerung eine große Unsicherheit vorhanden und dies trage sicher nicht dazu bei, den Ortsteil Darfeld für Familien attraktiv zu machen.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass das Bestreben dahin gehe, den Schulstandort Darfeld so lange wie möglich zu erhalten, möglicherweise auch als Dependence eines Hauptstandortes. Dazu seien nur 46 Schüler notwendig, die es nach seiner Meinung in Darfeld auch zukünftig geben werde.

Herr Voss teilte mit, dass die Bevölkerung dies bisher so nicht wahrgenommen habe. Herr Branse habe sich auch bereits mehrfach zu diesem Thema geäußert, werde aber von den Wenigsten verstanden.

Bürgermeister erteilte Herrn Branse das Wort, da er direkt angesprochen worden sei. Weitere Wortbeiträge werde er unter diesem TOP aber nicht zulassen.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass er nach wie vor der Ansicht sei, dass der Schulstandort irgendwann zwangsweise geschlossen werden müsse. Der Wunsch der SPD-Fraktion sei es ebenso, den Schulstandort so lange wie möglich zu erhalten und daher habe man die Zusammenlegung der Grundschulen zum jetzigen Zeitpunkt empfohlen.

Niehues
Bürgermeister

Wisner-Herrmann
Schriftführerin